



Design statt Sein

Über Marketing, Simulation und Inkompetenz im Fachbereich Sozialwesen Eine Polemik

von

Heinz Gess

Seit Monaten proben deutsche Christen in Bielefeld den Aufstand und nehmen durch die widerrechtliche Besetzung des PGZ (Paul Gerhardt Zentrums), eine ehemalige evangelische Kirche, der jüdischen Kultusgemeinde ihr Recht, das Gebäude zu erwerben und in eine Synagoge umzuwandeln. „Man soll Gott mehr gehorchen als den Menschen“ tönt es aus dem Gebäude. Mit diesen Worten inszeniert man sich als „Gotteskrieger“, die das Werk des Herrn erfüllen, indem sie sich der Übernahme des Gebäudes durch die jüdische Gemeinde erwehren. Sämtliche „Organe“ und Institutionen der Stadt schweigen dazu so beredt, dass es in den Ohren dröhnt. Die Presse benimmt sich wie ein einziges Organ der Volksaufklärung, das die Gelegenheit benutzt, der Stadtgemeinschaft klarzumachen, was die Identitätsformel „Du bist Deutschland“ in der konkreten Bielefelder Praxis heißt, nämlich nichts sehen, nichts hören, nichts sagen, sich raushalten, sich nur ja nicht den Mund verbrennen und engagiert weitermachen, dass es eine deutsche Freude ist. Die Politik, namentlich die FDP, macht Propaganda für die Besetzer in einer Art und Weise, dass man sich an Möllemann und Karsli erinnert fühlt, während die Bielefelder Staatsanwaltschaft sich für befangen erklärt, weil ein namhafter Richter des Landgerichtes Bielefeld selbst zu den Besetzern gehört, die das Gebäude der jüdischen Kultusgemeinde nicht überlassen wollen, weil, was einmal christlich war, auf immer christlich bleiben müsse.

Ich habe über diesen Vorgang in meinem Aufsatz „Heiliger Krieg in Bielefeld“ (<http://www.kritiknetz.de/?position=artikel&aid=328>) berichtet und die Motive der Besetzer mitsamt der Konstellation in der Stadt, zu der die Besetzung als ein Teil gehört, kritisiert. Dabei habe ich die Politik des Rektorats der FH und die des Fachbereichs Sozialwesen zunächst unberücksichtigt gelassen, obwohl dessen beharrliches Schweigen zu dem sozialen Problem in der Innenstadt, das Bielefeld nun schon seit drei Monaten beschäftigt, mir schon seit langem zu denken gab. Die Kritik der Politik des Rektorats der Fachhochschule Bielefeld habe ich in der Zwischenzeit in meinem Aufsatz „Grundrechtswidrige Zensur gegen das Kritiknetz“. Wie das Grundrecht der Freiheit der Kritik an einer deutschen Hochschule mit Füßen getreten wird“ (<http://www.kritiknetz.de/?position=artikel&aid=349>) bereits nachgeholt. Hier möchte ich nun dasselbe für die Politik des Fachbereichs Sozialwesen tun und darlegen, dass die wirkliche Politik hinter all den Sprechblasen von Emanzipation, Mündigkeit, Innovation und Zivilcourage, die dieser Fachbereich regelmäßig als Propaganda für sich selbst absondert, ein einziger realer Hohn auf die soziale Emanzipation ist. Um das zu demonstrieren, dazu braucht es in diesem Fall keine tief schürfende Analyse, es braucht „nur“

das genaue Hinschauen auf den Vorgang, der sich am 06. 07. 2007 im Fachbereichsrat ereignet hat. Er enthüllt, wenn man ihn sich nur lange und konzentriert genug anschaut, woran man mit dem professionellen Sozialwesen im Land der mitmachenden Biedermänner ist.

Was ist geschehen?

Mit Schreiben von 4. Juni 2007 bat der Vorstand der jüdischen Kultusgemeinde in Bielefeld den Fachbereich Sozialwesen der FH Bielefeld, sich dafür einzusetzen, dass die vom Rektorat der FH gegen mich bzw. das Kritiknetz verhängte Zensur rückgängig gemacht werde. Außerdem trug er an den Fachbereich die Erwartung heran, dass dieser in seiner spezifischen Eigenschaft, ein Fachbereich für das Sozialwesen zu sein, dessen Kompetenz in der wissenschaftlichen Bearbeitung sozialer Probleme und der wissenschaftlich angeleiteten Beratung bei der Lösung sozialer Probleme liegt, eindeutig Position zu beziehen zur rechtswidrigen Besetzung des Paul Gerhardt Zentrums in Bielefeld, durch die verhindert wird, dass das Gebäude in eine Synagoge umgewandelt werden kann.

Dem Fachbereichsrat lagen dann zu seiner Sitzung am Mittwoch, dem 06. 07. 2007 drei Anträge zur Sache vor:

Der erste Antrag lehnte es ab, dass der Fachbereichsrat sich überhaupt mit der Sache befasst. Die Antragstellerin unterstützte offensichtlich die rechtswidrige Sache der Besetzer und die Diskriminierung der jüdischen Gemeinde. Offensichtlich wollte sie aus Sorge, der Fachbereichsrat könnte das Anliegen der jüdischen Kultusgemeinde befürworten, mit ihrem Antrag von vornherein verhindern, dass es im Fachbereichsrat des FB Sozialwesen überhaupt zur Diskussion und Beschlussfassung kommt.

Der zweite der drei Anträge stellte fest, dass „ein weiteres Schweigen unsererseits immer peinlicher erscheint und dass der Fachbereich in der Tat eine Stellungnahme dazu beziehen sollte“. Es sei „mit den Studierenden diskutiert und festgestellt worden, dass die Besetzung PGZ mindestens deswegen schon problematisch ist, weil es eine fehlende Offenheit gegenüber den Anderen offenbart.“ Wäre Antisemitismus der Grund für diese Weigerung, dann – so hieß es weiter– „müssten wir wesentlich energischer agieren.“ Ein wesentlich energischeres Engagement in der Sache – das hätte auch ich erwartet. Nur, dieser Antrag forderte zwar Engagement, unterließ es aber, sich hinsichtlich des Inhalts des Engagements festzulegen und dem Fachbereich eine inhaltlich gefüllte Stellungnahme vorzulegen.

Letzteres tat nur eine der drei Beschlussvorlagen. Sie bestand in einem Entwurf einer Resolution folgenden Inhalts

„1. Hitler hat den Menschen (...) einen neuen kategorischen Imperativ aufgezwungen: Ihr Denken und Handeln so einzurichten, dass Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe.“ (Adorno) Diesem Imperativ fühlt sich der Fachbereich Sozialwesen in der Forschung, Lehre und der von ihm angeleiteten Praxis verpflichtet.

2. Zu jenem Denken und Handeln, das Auschwitz ermöglichte, gehört die Ideologie des antijüdischen, deutschen Christentums. Nicht erst Hitler rief zur Endlösung auf, sondern bereits Wagner forderte die deutschen Christen auf, den Mut zur „großen Lösung“ zu haben.

3. Das Denken und Handeln so einzurichten, dass Auschwitz sich nicht wiederhole, muss für Christen, wenn sie es mit diesem Imperativ wirklich ernst meinen, deshalb zur Konsequenz haben, die alte Theologie ein- für allemal zu überwinden und in ein qualitativ anderes Verhältnis zum Judentum einzutreten. Diese neue Theologie darf nicht auf Lehrbücher und theologische Fakultäten beschränkt bleiben, sondern sie muss in Hirn und Herz der christlichen Basis eingehen und in der Praxis ihres täglichen Lebens zum Ausdruck kommen.

Das streben die evangelische Kirche und die jüdische Kultusgemeinde an, wenn sie gemeinsam bekunden, mit der Umwandlung der ehemaligen Paul-Gerhardt-Kirche in eine Synagoge ein sichtbares Zeichen der Verbundenheit von Judentum und Christentum in Bielefeld setzen und diese Verbundenheit in der Praxis des täglichen Lebens zu realisieren.

4. Weil der FB Sozialwesen sich dem „neuen kategorischen Imperativ“ in Forschung und Lehre verpflichtet weiß, unterstützt er diese Intention als die richtige Konsequenz aus dem Wissen über die unheilvolle Rolle, die die Theologie des deutschen Christentums bei der Entstehung des eliminatorischen Antisemitismus gespielt hat. Er fordert die Besetzer des Paul Gerhardt Gebäudes auf, die Verwirklichung dieser richtigen Intention nicht mehr länger zu blockieren und damit den fatalen und vermutlich falschen Eindruck zu erwecken, die evangelischen Christen in Bielefeld unterstützten diese Intention mehrheitlich nicht. Die evangelische Basis aber, die die richtige Intention der Kirche und der jüdischen Gemeinde unterstützt, fordert sie auf, nicht mehr länger untätig zu sein, sondern sich mit zivilen Mittel gegen die Blockade und die durch die Minderheit der Besetzer ausgeübten Nötigungen kraftvoll zur Wehr zu setzen, damit nicht länger eine Minderheit der Mehrheit ihren Willen aufzwingen kann.“

Diesem Entwurf hätte ich inhaltlich voll zustimmen können. Der „neue kategorische Imperativ“, von dem im Satz 1 dieses Entwurfs gesprochen wird, ist für mich ein unabweisbarer moralischer Mindeststandard und als solcher für die praktische Vernunft nach Auschwitz unmittelbar evident. Darüber lässt sich, meine ich, vernünftigerweise gar nicht diskutieren. Selbstverständlich muss dieser Imperativ auch der Forschung, Lehre und der vom Fachbereich Sozialwesen angeleiteten Praxis zugrunde liegen. Mit welchen Vernunftargumenten ließe sich das überhaupt bestreiten?

Auch der zweite Satz der Resolution ist meines Erachtens schlichtweg wahr. Er ist zwar keine evidente Einsicht der moralisch-praktischen Vernunft nach Auschwitz, aber doch eine empirisch-historische Wahrheit, die beim gegenwärtigen historischen Wissensstand unmöglich geleugnet werden kann, ohne die Ethik und die Standards wissenschaftlicher Forschung zu verraten. Die Sätze drei oder vier sind logische, Praxis bezogene Folgerungen aus den Absätzen eins und zwei, deren Richtigkeit schlechterdings für jeden, der die Prämissen akzeptiert, unmittelbar einsehbar ist.

Der Antrag war als „Entwurf“ einer Stellungnahme gekennzeichnet. Damit wurde vom Antragsteller deutlich gemacht, dass er ihn als Diskussionsgrundlage für eine von Fachbereichsrat zu erarbeitende gemeinsame Stellungnahme ansah. Die Diskussion eines Entwurfs bis zum Resultat der Verfertigung einer gemeinsamen Resolution braucht Zeit. Hätte die Fachbereichsleitung ernsthaft vorgehabt, durch die Verabschiedung einer Resolution eindeutig Position zu beziehen, wie die jüdische Gemeinde es erbeten hatte, hätte sie bei der Festlegung der Tagesordnung gewiss darauf geachtet, den außerordentlich wichtigen Tagesordnungspunkt an den Anfang der Tagesordnung zu setzen und die unwichtigeren organisatorischen Fragen, die zu klären waren, dahinter postiert. Stattdessen hat die Fachbereichsleitung es aber vorgezogen, genau umgekehrt zu verfahren. Ausgerechnet dieser wichtige Tagesordnungspunkt wurde an das Ende der Tagesordnung gesetzt und jeder andere, noch so unwichtige, rein organisatorische Tagesordnungspunkt ihm vorangestellt. Diese Reihung allein lässt schon deutlich genug erkennen, dass die Fachbereichsleitung der Bitte der jüdischen Gemeinde, sich in der Frage der Besetzung des PGZ eindeutig zu positionieren, durch Tagesordnungs- und Geschäftsordnungstaktik ausweichen wollte. So geschah es im Endeffekt auch.

Ich erkenne in diesem Vorgang ein moralisches Versagen des FB Rates. Für diese Bewertung spricht mehr noch die kurze Diskussion des Resolutionsentwurfs, die im Fachbereichsrat vor

der Feststellung der Beschlussunfähigkeit stattfand. In ihr sprach sich die Mehrheit gegen die Annahme des ersten Absatzes des Resolutionsentwurfes aus - „Hitler hat den Menschen (...) einen neuen kategorischen Imperativ aufgezwungen: Ihr Denken und Handeln so einzurichten, dass Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe“.¹ Diesem Imperativ fühlt sich der Fachbereich Sozialwesen in der Forschung, Lehre und der von ihm angeleiteten Praxis verpflichtet“ - und plädierte dafür, die moralische Frage im Sinne der „Wertfreiheit der Wissenschaft“ in das subjektive Belieben der einzelnen Hochschullehrer zu stellen, das den Fachbereichsrat als Organ nichts angehe. Außerdem konnte sich die Mehrheit auch nicht zu einer eindeutigen Stellungnahme zum Absatz zwei des Resolutionsentwurfs aufrufen, der feststellt: „Zu jenem Denken und Handeln, das Auschwitz ermöglichte, gehört die Ideologie des antijüdischen, deutschen Christentums. Nicht erst Hitler rief zur ‚Endlösung‘ auf, sondern bereits Wagner forderte die deutschen Christen auf, den Mut zur ‚großen Lösung‘² zu haben.“ Vielmehr beharrte man darauf, sich auch in dieser Hinsicht aus angeblicher wissenschaftlicher Verantwortung nicht festzulegen zu können. Man überblicke die Ideologie des deutschen Christentums (Luther, Fichte, Wagner, Stöcke, Hirsch et al.) nicht und könne und wolle deshalb dazu nicht Stellung nehmen. Zur Zensur des Kritiknetzes wurde vorsorglich erst überhaupt keine Beschlussvorlage vorgelegt, die man hätte abstimmen können. Der vorgebliche Dienst an der Wertfreiheit der Wissenschaft verhinderte auch in diesem Punkt eine klare Stellungnahme - und jene, die der Stellungnahme durch Nichtstun aus dem Wege gingen, empfanden das nicht etwa als Feigheit und Kuschen vor der Macht, sondern als inszenierten sich als tapfere Verteidiger der wertfreien Wissenschaft. Die tapferen Verteidiger des Paul Gerhardt Zentrum dort und die tapferen Verteidiger der Wertfreiheit der Wissenschaft hier, - so „wächst zusammen, was zusammengehört“: das sich aufspielende Kleinbürgertum und die professionelle Halbbildung im Sozialwesen. Die Berufung auf „die Wertfreiheit“ - „das (nämlich zu dem Sachverhalt Stellung nehmen) dürfen wir nicht“ - offenbart sich als das, was sie vermutlich schon immer war, als dürftige Rationalisierung des Kuschens vor der Macht des Bestehenden. Das Gefühl, an die Macht des Bestehenden nicht heranzureichen, vor ihm kapitulieren zu müssen, hat sich zur zweiten Natur verhärtet, und in demselben Maß, wie das geschah, hat die instrumentelle Vernunft der Verhärteten aus der gesellschaftlichen Not eine Tugend gemacht: die Tugend der Wertfreiheit. Sie verkehrt die Kapitulation in „wissenschaftliche Verantwortung“ oder „Redlichkeit“ und neutralisiert den Geist in einem Maße, dass Bildung und der Bildungswille zerstört werden, sofern er noch vorhanden ist. Statt zu verstehen und zu durchdringen, was den Subjekten als unabänderliche Übermacht sich darstellt, bleibt diese Übermacht unverstanden und wird als Undurchdringliches im „wertfreien“ Systembegriff fetischisiert.

¹ Th. W. Adorno, Negative Dialektik, Frankf. /M. 1966, S. 366. Adorno schreibt weiter: „Dieser Imperativ ist so widerspenstig gegen seine Begründung wie die Gegebenheit des Kantischen. Ihn diskursiv zu behandeln, wäre Frevel: An ihm läßt leibhaft das Moment des Hinzutretenden am Sittlichen sich fühlen. Leibhaft (...) Nur im ungeschminkt materialistischen Motiv überlebt Moral.“

² Da in der Diskussion im Zweifel geäußert wurden - „man könne sich nicht vorstellen, dass Wagner dergleichen geschrieben oder gesagt habe“ - hier der Beleg: Richard Wagner schreibt in seinem an die Deutschen gerichteten Essay „Erkenne dich selbst“: „Uns Deutschen (...) könnte diese **große Lösung** eher als jeder anderen Nation ermöglicht sein, solange wir ohne Scheu, bis in innerste Mark unseres Bestehens, das ‚Erkenne-dich-selbst‘ durchführten. Dass wir, dringen wir hiermit nur tief genug vor, nach der Überwindung aller falschen Scham, **die letzte Erkenntnis** nicht zu scheuen haben würden, sollte mit dem Voranstehenden dem Ahnungsvollen angedeutet sein.“ (R. Wagner, Ges. Schriften und Dichtungen, Bd. 15, Leipzig 1888, S. 274) Worin nun besteht „die letzte Erkenntnis“, die die Bereitschaft zur „großen Lösung“ im „Ahnungsvollen“ weckt? Darauf gibt ihm folgender Satz sicheren Aufschluss. Er ist an die Juden gerichtet und lautet: „Aber bedenkt, dass nur eines eure Erlösung von dem auf Euch lastenden Fluche sein kann: Die Erlösung Ahasvers, - **der Untergang**.“ (R. Wagner, „Das Judentum in der Musik“, zit aus Jens Malte Fischer, Richard Wagners ‚Das Judentum in der Musik‘, S. 173)

Selten treten solche Zusammenhänge so deutlich zutage, wie dieser Tage im Fachbereich Sozialwesen und seiner ausweichenden Erörterung des sozialen Problems in Bielefeld.

Der Fachbereich Sozialwesen hat sich damit in meinen Augen moralisch und wissenschaftlich diskreditiert. Wozu aber braucht man einen Fachbereich, in dem die moralische und wissenschaftliche Inkompetenz und das Mitmachen in Form des konformistischen Protests zum Leitbild geworden sind? Er wird ganz gewiss nicht in der Lage sein, die Widerstandskräfte gegen den heraufziehenden neuen „Bocksgesang“ und den neuen anwachsenden Antisemitismus in Deutschland und Europa zu wecken oder zu stärken. Die Ideologie des Sozialwesens verstärkt solche Tendenzen eher noch, freilich ohne davon ein Bewußtsein zu haben. Das Bewusstsein des Schlechten, das sie verstärkt, geht ihr schon deshalb ab, weil sie als Ideologie professioneller Halbbildung immerzu darauf aus ist, das real Unvereinbare innerseelisch zu vereinbaren und trügende Simulation und Ersatzerfahrung an die Stelle der realen, zerfallenden zu setzen. Dem dient der ideologische Kampf gegen das angeblich „dualistische Denken“, dem man - entschlossen, die „negative Dialektik“ und den „historischen Materialismus“ nicht zur Kenntnis zu nehmen - auch die Kritik der politischen Ökonomie und die Kritische Theorie subsumiert. Alle Gesellschafts- und Herrschaftskritik, so weiß die Ideologie des Sozialwesens, die sich heutzutage gerne der systemischen Terminologie bedient, sind nur Erscheinungsformen des ‚alten Denkens in dualistischen Gegensätzen‘, das eben deshalb durch ein neues ganzheitliches, systemisches, Paradigma abgelöst werden muss, welches das Denken in Gegensätzen überwindet. Nicht reale Dualismen, gesellschaftliche Widersprüche, Antagonismen, Paradoxien in der realen Welt der „objektiven Gedankenformen“ (Marx) sind für sie demzufolge das Problem, sondern das Problem ist die Denk- und Wahrnehmungsweise des kritischen Theoretikers. Er projiziert durch sein begriffliches Denken erst Gegensätze in die Welt hinein und vermag deshalb die systemische Einheit des Ganzen nicht mehr wahrzunehmen. Nicht also die gesellschaftliche Realität muss gedanklich durchdrungen werden, damit der Weg zu einer besseren antagonismus- und herrschaftsfreien Praxis geöffnet bleibt, sondern die Denkweise des kritischen Theoretikers und Kritikers der politischen Ökonomie muss durch eine neue, nämlich die systemisch-ganzheitliche des Sozialwesens ersetzt werden, wenn Friede werden soll auf Erden. So verzaubert sich in der Ideologie des Sozialwesens alles Mittelbare in Unmittelbarkeit. Objektive Verhältnisse werden den einzelnen Personen zur Last gelegt und damit die zunehmende Depersonalisierung des gesellschaftlichen Verkehrs falsch vermenschlicht. Zugleich kann jedem zensierten Kritiker auf diese Weise bedeutet werden, was ihm geschehe, das müsse seinen Grund in ihm selbst haben. Er sei ja wirklich ein „schwieriger Mensch“, ein „Störenfried“ im systemischen Ganzen. Er müsse lernen, der Einheit des Ganzen „hinter“ allen ‚vordergründigen Gegensätzen‘ gewahr zu sein. Dann wird ihm das alte schlechte Lied des depravierten Irrationalismus von Natur, Seele und Esoterik vorgesungen. Statt gegen die Zensur der Mitmacher im Getriebe der Macht zu protestieren, den „neuen kategorischen Imperativ“ nach Auschwitz als verbindlich zu akzeptieren und ein klares Wort zur Rolle der Ideologie des deutschen Christentums in der Epoche vor Auschwitz zur Notwendigkeit, ihrer Überwindung zu sagen, kommt zum schlechten Ende heraus, dass dem Kritiker ein hohes aggressives Potential angedichtet wird und ihm „wertfrei“ Esoterik, Tarot-Karten, Tiefenpsychologie, Astrologie oder der nicht jüdische Allvater oder die Allmutter als Heilmittel anempfohlen werden. So ist die im Sozialwesen heutzutage vorherrschende Ideologie beschaffen, und damit ist alles gesagt über die Widerstandskräfte, die aus diesem Fachbereich gegen den heraufziehenden „Bocksgesang“, den - auch in Form einer dämonisierenden Israelkritik - wieder erwachten Antisemitismus und die politischen Theologie des orthodoxen Islam zu erwarten sind.

Zu dieser Welt gehört konstitutiv dazu, dass was in ihr auch geschieht, der Werbung, Propaganda – „dem Marketing“ zu dienen hat. Die professionelle soziale Tätigkeit selbst ist wesentlich Reklame. Zwar darf sie, um als Reklame oder Simulation des Sozialen fungieren zu können, nicht restlos in der Reklame aufgehen, sondern muss auch noch den Rest eines damit nicht identischen Gebrauchswerts haben, aber dieser ist in zunehmenden Maße ein mitgeschleiftes Moment der Simulation des Sozialen. Diese verhält sich zu jenem Rest, der in der Simulation nicht aufgeht, wie der Tauschwert zum Gebrauchswert der Waren unter kapitalistischen Produktionsbedingungen. Das Wissen darum ist den professionellen Praktikern der Simulation des Sozialen zur zweiten Natur, zum Habitus geworden. Sie können gar nicht mehr anders als Werbung für das abstrakt Zwischenmenschliche zu machen, sind gewissermaßen zur wandelnden Simulation des falschen Sozialen geworden. Dem Inhumanen geben sie instinktiv ein menschliches, soziales Gesicht. Auch das lässt sich an dem ausweichenden Verhalten des Fachbereichsrates zu Bitte der jüdischen Gemeinde und zur Zensur sehr deutlich zeigen. Zwar wurde entgegen der Bitte der jüdischen Gemeinde nicht nur keine klare Position zur Besetzung bezogen, sondern eben überhaupt keine, auch wurde entgegen der Bitte der jüdischen Gemeinde kein Protest gegen die Zensur erhoben, aber gleichwohl scheut man sich nicht, ins Protokoll zu schreiben: "Der Dekan stellt den Antrag, das Bestreben der jüdischen Kultusgemeinde bei der Errichtung einer Synagoge in der Paul-Gerhardt-Kirche durch eine Stellungnahme des Fachbereichsrats zu unterstützen. Als zwei Mitglieder des Fachbereichsrats aufgrund anderweitiger Termine die Sitzung verlassen müssen, wird festgestellt, dass der Fachbereichsrat nicht mehr beschlussfähig ist. Die Sitzung wird somit beendet." Das eben ist die Reklame, ohne die es nicht geht. Sie lügt. Aber welche Reklame tut das nicht? Das Protokoll stellt hier den wirklichen Diskussionsverlauf auf den Kopf und erzeugt bewusst einen falschen Schein, mit dem der wirkliche moralische Skandal verdeckt wird. Das kann als symptomatisch für die Funktion des professionellen Sozialwesens angesehen werden. Es wird zunehmend zur Profession zur Erzeugung von falschem Schein, der ein Soziales simuliert, das es nicht (mehr) gibt. Es hält sie Menschen bei der Stange des falschen Ganzen und bei Laune, indem sie ihnen vorgaukelt, dass das „menschliche Sozialwesen“ ihnen beispringe, obwohl doch alle von seiner Unfähigkeit dazu wissen und sich ihrer ausdrücklich vergewissert haben. Denn – noch einmal - der Antrag auf Feststellung der Beschlussunfähigkeit ging dem Antrag des Dekans voraus, so dass dessen Nichtigkeit schon feststand, als er gestellt wurde. Aber man muss eben den schönen Schein wahren. Was wäre diese Welt ohne den Schein des simulierten Sozialwesens? Dann könnte in dem Menschen ja tatsächlich der Impuls erwachen, „zu denken, handeln, seine Wirklichkeit zu gestalten wie ein enttäuschter, zu Verstande gekommener Menschen“³. Das wäre womöglich das Ende des professionellen Sozialwesens. Dann doch lieber die Simulation, den schönen falschen Schein, das illusorische Glück, die säkulare Heiligengestalt der menschlichen Selbstentfremdung, und die Feststellung der Beschlussunfähigkeit, wenn der Heiligenschein zu Zerschlagen droht.

³ Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, MEW Bd.1, S. 379